



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Einige Bedenken über die Politik der konservativen Partei im preußischen
Landtage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

machte. Ich besitze aber einen Brief von ihm, worin es heißt: „Soeben bin ich im Begriff, eiligst nach Barzin abzureisen, nachdem man mir gemeldet hat, daß dort eine große Kiste Briefe gefunden worden ist.“ Aus alledem geht hervor, daß Lothar Buchers Verdienst um das Zustandekommen des Bismarckschen Werkes nicht gering ist; ja man darf sagen, daß es ohne ihn überhaupt nicht möglich gewesen sein würde!*)

Der wichtigste Teil, der die Zeit vom Regierungsantritt des jetzigen Kaisers bis zur Entlassung des Fürsten behandelt, wurde zuerst bearbeitet und war schon im Herbst 1891 mit 1800 engbeschriebenen Bogen vollständig druckreif. Bucher nannte mir gegenüber diese Arbeit „ein streng historisches, in sich abgeschlossenes Werk,“ das die Geschichte jener zwei denkwürdigen Jahre ausführlich behandelt. Er war nicht ohne Sorge über ihr Schicksal und sprach wiederholt die Befürchtung aus, daß sich möglicherweise Einflüsse gegen die Veröffentlichung geltend machen könnten, und dann würden ihm seine letzten Lebensjahre leid thun, die er geopfert hätte. Weniger Bedeutung legte er den jetzt schon erschienenen Erinnerungen bei; noch einige Wochen vor seinem Tode erzählte er mir, daß die zuletzt in Angriff genommene Arbeit nur aus lose aneinander gereihten und im Plauderton geschriebenen Kapiteln bestünde. Ohne diese ganz vollenden zu können, hatte er im Frühjahr 1892 Friedrichsruh für immer verlassen, nachdem infolge übermäßiger Anstrengung in seinem Zustand eine bedenkliche Wendung eingetreten war. Fürst Bismarck sagte mir später einmal, mit Thränen im Auge: „Bucher macht es wie das Edelwild, als er den Tod kommen fühlte, sonderte er sich ab vom Rudel.“

(Schluß folgt)



Einige Bedenken über die Politik der konservativen Partei im preussischen Landtage



er deutsche Reichstag und der preussische Landtag sind fast gleichzeitig in neue Legislaturperioden eingetreten. Als seiner Zeit die Reichstagswahlen und die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus vor der Thür standen, wurden verschiedenen Parteien von verschiedenster Seite Wahlniederlagen oder doch wesentliche Verringerung ihrer Mitglieder prophezeit. Beide gesetzgebende Körperschaften sind

*) Über diese Angelegenheiten berichten auch die in kurzem erscheinenden Tagebuchblätter von Moritz Busch.

in der Hauptsache unverändert geblieben. Weder hat der Bund der Landwirte äußerlich erkennbare Erfolge, geschweige die ausschlaggebende Bedeutung erlangt, die ihm nach seiner Vorstellung sicher schien, noch ist die nationalliberale Fraktion trotz ihrer innern zweifellosen Auflösung oder doch Umwandlung zusammengebrochen, noch zeigt die konservative Fraktion deutliche äußere Spuren ihrer innern Zerrissenheit. Gewonnen hat die Sozialdemokratie im Reich, dort wie in Preußen steht das Zentrum fast als „regierende“ Partei da in unberührter, ungefährdeter Einheitlichkeit und Machtfülle. Gewiß aber haben viele Nationalliberale nur durch Nachgiebigkeit gegen die landwirtsbündlerischen Forderungen und Wünsche ihre Stellung behauptet, und gerade jetzt tritt im Hannoverland, dem Hauptsitz der Nationalliberalen, eine konservative Vereinigung auf den Kampfplatz, der man bei unbefangnem Urteil keinesfalls ein ungünstiges Horoskop stellen kann. Bleibt sie ihrem Wahlspruch treu: alle konservativen Bestrebungen zusammenzufassen und die berechtigten Eigentümlichkeiten und gewohnten und bewährten Eigentümlichkeiten des Hannoverlandes zu schützen und zu verteidigen, weiß sie sich, mit andern Worten, der jetzt vorzugsweise durch ostelbische Bestrebungen und Persönlichkeiten geleiteten konservativen Fraktion als starker aber selbständiger, von Einseitigkeiten freier Bundesgenosse zur Seite zu stellen und zu Zeiten, wenn rückschrittliche „junkerliche“ der Neuzeit widerstrebende Ziele verfolgt werden, auch gegenüberzustellen und zur Geltung zu bringen, so kann von ihr eine Wiedergeburt der konservativen Politik ausgehn, die zum Wohle der Gesamtheit förderlich, ja unentbehrlich ist.

Wer zweifelt noch an der Notwendigkeit einer solchen Wiedergeburt der konservativen Politik und Fraktion? Wer daran, daß sich viele konservative Wähler mit den wärmsten Empfindungen zu den Bestrebungen der Christlich-Sozialen, Sozialreformer und verwandter Politiker hingezogen fühlen, bei denen sie den wahren Konservatismus überzeugter, uneigennütziger gepflegt sehen? Wer zweifelt daran, daß diese alle für die Kandidaten der konservativen Partei im großen und ganzen wohl nur deswegen eintreten, weil die neuen Gedanken noch nicht zu einer genügend greifbaren Zusammenfassung ihrer Anhänger geführt haben, oder weil die konservative Fraktion noch dieses oder jenes Ziel, vor allem die Hebung der Landwirtschaft anstrebt und sich großer Erfolge, mehr noch für die Zukunft als in der Vergangenheit, zu rühmen versteht! Daß der konservative Gedanke, wie er sich in der Fraktion des Landtags wie des Reichstags verkörpert, noch werbende Kraft hätte, kann kein Unbefangener zugeben. Und doch gilt noch heute das Wort: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut!“ Die Konservativen aber haben ihre Ideale, so scheint es, vergessen oder sie zurücktreten lassen gegenüber den oft nicht mehr maßvoll versuchten agrarischen Forderungen und Zielen, die von der Sozialpolitik Kaiser Wilhelms I. und seines großen Kanzlers weit abliegen.

Schon vor einigen Jahren rief der Verfasser der geistvollen, immer noch viel zu wenig gewürdigten Schrift „Reform oder Revolution“ ihnen ins Gewissen. Ein Jahr vor seinem Tode sprach Fürst Bismarck von ihren Fehlern: von ihrem blinden Nachlaufen hinter einzelnen Führern, von dem Nachbeten der Meinungen einzelner weniger oft nur dem Anschein nach Unterrichteter in wichtigen Fragen, von dem ungenügenden Kennen und Erforschen der auf der Tagesordnung der Politik stehenden Fragen, von ihrer unnötigen Nachgiebigkeit gegen manchen Wunsch dieses oder jenes Ministers, ihrem Unklarsein darüber, was sie denn eigentlich erhalten wollen usw. Und es gelang den gegenwärtigen Führern der Partei nicht, diese gewichtigen Vorwürfe, die ja auch in den „Gedanken und Erinnerungen“ nicht fehlen, dadurch abzuschwächen, daß man sie als auf die Vergangenheit gemünzt bezeichnete — es blieb kein Zweifel, die heutige konservative Partei, der sich ja auch Fürst Herbert Bismarck nicht hat anschließen wollen, unterlag dem abfälligen Urteil des großen Staatsmanns, den sie so gern als ihren Gesinnungsgegnossen, als ihren Mentor darstellte. Als die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus betrieben wurden, erfolgte eine neue ernste Warnung, indem eine Anzahl bedeutender Männer von unanfechtbarer konservativer Gesinnung ihre mahnende Stimme erhoben, um einer unbedingten konservativen Mehrheit den Weg versperren zu helfen, konservative Männer, die die besten Gedanken des Fürsten Bismarck, seine großen sozialreformerischen Pläne in Übereinstimmung mit den bürgerlichen konservativen Kreisen zu vertreten nie aufgehört hatten, die die berühmte Novemberbotschaft Kaiser Wilhelms I. und die Februarerlasse des regierenden Kaisers nicht in den Hintergrund gedrängt sehen wollen.

Wer eine große konservative Partei in der Volksvertretung für notwendig hält, kann nur mit Besorgnis auf die Verhältnisse im preußischen Landtage sehen. Ist nicht zu befürchten, daß die konservative Fraktion die innere Wiedergeburt ablehnt, weil sie in alter Zahl aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist? Wenn sie aber alle wohlgemeinten Ratschläge in den Wind schlägt, muß sie dann nicht nach abermals fünf Jahren vor gänzlichem innerem Verfall stehn?

Die Leistungen und Erfolge der konservativen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus, wo sie im Gegensatz zum Reichstage kraft ihrer großen Mitgliederzahl imstande zu sein schien, bald mit dieser, bald mit jener andern Fraktion eine Mehrheit zu bilden und ihre Pläne durchzusetzen, sind denn doch in der letztvergangnen fünfjährigen Legislaturperiode herzlich unbedeutend gewesen. Ihre Kraft hat sich, man ist versucht zu sagen, erschöpft in unfruchtbaren Erörterungen und Anregungen wegen der Notlage der Landwirtschaft: fast nirgends hat die Staatsregierung den Resolutionen (auf Einführung der staatlichen Getreidepreissetzung, der Schließung der Reichsgrenzen gegen ausländische Vieheinfuhr u. dergl.) Folge gegeben; nirgends hat die Staatsregierung

Maßregeln getroffen aus Nachgiebigkeit gegen die Konservativen. Umgekehrt hat die Staatsregierung fest und sicher ihre Pläne und Maßregeln festgehalten, auch wenn sie von ihnen bekämpft wurden: die Konservativen wollten zum Beispiel auf dem bald dem Verkehr zu übergebenden Kanal von Dortmund nach den Emshäfen hohe Schiffsahrtsgebühren eingeführt sehen, um nicht der Einfuhr ausländischen Getreides „ein neues Einfallsthor“ zu verschaffen, die Regierung blieb aber in gerechter Würdigung der Verhältnisse dabei, vorerst nur solche Gebühren zu erheben, die zwar bei weitem nicht die Kosten der Verwaltung und Unterhaltung, geschweige die Verzinsung des Anlagekapitals zu decken vermögen, die aber die Entwicklung eines Kanalverkehrs überhaupt ermöglichen. Das Schlagwort „neues Getreideeinfallsthor“ schreckte die Regierung nicht, es bewog sie nicht, den Kanal von vornherein zur Verkehrslosigkeit zu verdammen, die für die Emshäfen erhofften Vorteile kalten Herzens aufzuopfern.

Agrarische Schlagworte wirken auf die konservative Fraktion in der Regel wie das rote Tuch auf den Stier. So auch hier! Der Dortmunder Emskanal vermag nicht neue Getreidemassen ins Herz Westfalens zu ziehen; bestenfalls gelingt es ihm, in Konkurrenz mit den niederländischen Wasserstraßen und den um billigte Tarife fahrenden niederländischen Eisenbahnen den jetzt in Antwerpen ruhenden Getreidehandel nach den Emshäfen zurückzulenken, wo er schon einmal — in den siebziger und achtziger Jahren — blühte, bis er durch die Änderung der preussischen Eisenbahntariffsätze im Namen der agrarischen Bestrebungen unterbunden, ja unmöglich gemacht und nach Holland gedrängt wurde, ohne daß dadurch, wie feststeht, die Einfuhr des ausländischen Getreides nach Westfalen im geringsten vermindert worden wäre. Gegen die Ansichten der Agrarier hält die Staatsregierung fest an dem Plane des großen Mittellandkanals, dessen Bewilligung trotz des Widerspruchs der Konservativen, zumal schlesischer Bedenken, hoffentlich erfolgen wird.

Noch weniger haben die Konservativen auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung erreicht. Gegen ihre früher häufig mit aller Entschiedenheit betonte Absicht und Anschauung haben sie nolens volens einem Lehrerbesoldungsgesetz zugestimmt, das im Grunde genommen wenig befriedigend ist, das den Lehrern kaum bietet, was sie fordern zu dürfen glauben, das die Gemeinden trotz größerer Staatsleistungen schwer belastet, dem aber schließlich jeder zustimmen mußte, der nicht Gefahr laufen wollte, in den Geruch der Feindschaft gegen die Volksschullehrer zu kommen, deren Einfluß und Gefolgschaft namentlich bei den Reichstagswahlen von Bedeutung ist. Der alten konservativen Forderung aber, ein die gesamten Verhältnisse der Volksschule regelndes sogenanntes organisches Volksschulgesetz auf der Grundlage zu stande zu bringen, auf der die Vorlage des Grafen Zedlitz von 1892 aufgebaut war, versagte sich die Fraktion. Sie ließ sich genügen an Resolutionen, durch die

die Staatsregierung aufgefordert wurde, einen ähnlichen Entwurf einzubringen. Und doch hatte die Staatsregierung seit dem Rücktritt des Grafen Zedlitz und dem Scheitern seiner Vorlage zu keiner Zeit einen Zweifel darüber gelassen, daß sie ein solches Volksschulgesetz für absehbare Zeit weder für notwendig, noch nützlich, ja umgekehrt für gefährlich halte. Und doch wäre es der Fraktion bei ernstem Willen ein Leichtes gewesen, einen ihr genehmen Entwurf ihrerseits als sogenannten Initiativantrag einzubringen und seine Annahme in beiden Häusern des Landtages herbeizuführen.

Da erhob sich denn doch für jeden, mochte er ein neues Gesetz nach der Art der Zedlitzschen Vorlage erstreben oder abweisen, die Frage: Fehlt den Konservativen der gute Wille oder der Fleiß, die Neigung, sich solcher größeren Aufgabe zu unterziehen, bei der kein materieller Gewinn zu holen, sondern nur ideelle Güter zu fördern waren? Ist ihr Rückgrat nicht steif genug, ohne Rücksicht auf die (von ihr als verderblich angesehenen) Wünsche hoher Stellen als „getreuste Opposition“ vorzugehen?

Als 1897 das Lehrerbefoldungsgesetz durchgeführt wurde, geschah es gegen den Ausspruch der Konservativen, daß nahezu alle Lehrerbefoldungsordnungen unter bedeutender Mehrbelastung der Schulunterhaltungspflichtigen revidiert oder erneuert wurden. Sie erhoben zwar laute Klagen gegen die Unterrichtsverwaltung, aber irgend einen Erfolg hatten sie damit nicht. Auch hier ging die Regierung fest und sicher den Weg, den sie für richtig hielt, so schwierig und dornenvoll er vielfach sein mochte. Es bewahrheitete sich das geflügelte Wort (eines frühern Ministers): „Resolutionen thun nicht weh.“

Zeigte sich in diesen Angelegenheiten der Volksschule bei den Konservativen keine rechte Beständigkeit, keine „zielbewußte“ Politik, so konnte man in der That auch auf andern Gebieten fragen: Was wollt ihr eigentlich „konservieren“? Wollt ihr die bestehenden Einrichtungen, die staatsbürgerliche Gleichheit, die bürgerliche Freiheit, die Errungenschaften der von Stein und Hardenberg eingeleiteten Reformen erhalten und fortführen, oder nehmt ihr keinen Anstand, auf überlebte Einrichtungen, auf Klassen- und Standesvorrechte und andre ähnliche reaktionäre Dinge zurückzugreifen? Laßt ihr euch genügen, Mängel zu beseitigen, die sich bei vielen im allgemeinen bewährten Sachen eingestellt haben, oder wollt ihr nicht vielmehr Rückkehr zu überwundenen oder dem Absterben verfallenen Rechtszuständen? Wollt ihr eignen materiellen Vorteilen den Weg frei machen, oder seid ihr gewillt, die christlichen Grundsätze, die ihr mit Worten so oft betont, in der That zur Geltung zu bringen?

Als staatsmännische That bezeichneten die Konservativen das Unternehmen des Justizministers, durch den sogenannten Assessorenparagraphen zahlreiche junge Männer trotz erlangter wissenschaftlicher Befähigung vom Staatsdienste auszuschließen und zum Richteramte nur eine Auswahl Bevorzugter zuzulassen, die der Justizverwaltung nach ihrem Ermessen geeigneter erschienen oder besser

empfohlen waren. Den Grundsatz des Allgemeinen Landrechts, daß allen in genügender Weise für den Staatsdienst Vorbereiteten alle Ämter gleich zugänglich sein sollten, wollte man leichten Herzens fallen lassen; man trug kein Bedenken, eine gesetzliche Bestimmung vorzuschlagen, die der Willkür Thür und Thor zu öffnen und zu einer Bevorzugung nicht nur der Geburts- und Geldaristokratie, sondern zu einer völligen Abschließung ganzer Volkskreise zu führen geeignet war, die nur zu leicht zur Proletarisierung zahlreicher tüchtiger Kräfte, zur Schürung von Unzufriedenheit und noch Schlimmerem hätte ausschlagen können. Und doch ist es gerade die Stärke des deutschen Beamten-tums, daß es sich, aus allen Schichten der Bevölkerung ergänzend, ohne ausschließliche Verbindung mit einzelnen Berufskreisen des Nährstands allezeit als unabhängig, als Vollstrecker ausgleichender Gerechtigkeit, als Hort des über allen Partei- und Wirtschaftsinteressen waltenden Staatsgedankens bewährt hat.

Reaktionär im vollsten Sinne erschien die Stellung der konservativen Fraktion zu den in erster Reihe auf ihr Betreiben zu stande gekommenen neuen Gemeindeverfassungsgesetzen für Hessen-Nassau: keine Spur von dem Bestreben, berechnigte Eigentümlichkeiten der Provinz zu pflegen und zu schützen, das sich die konservative Vereinigung der Provinz Hannover zur Hauptaufgabe gesetzt hat. Den konservativen Abgeordneten aus dem Regierungsbezirk Kassel, allerdings mit einer rühmlichen Ausnahme, erschien die mustergiltige Gemeindeordnung für Kurhessen von 1834, freilich das Kind einer politisch bewegten Zeit, aber nächstverwandt mit der Steinschen preussischen Städteordnung, als ein radikales, zumal den Großgrundbesitz nicht befriedigendes Gesetz; galt doch nach ihr gleiches direktes Gemeindewahlrecht für alle Ortsbürger, ob Großgrundbesitzer oder kleine Bauern — nur die Wählbarkeit war insofern weise beschränkt, als ein beträchtlicher Teil der Gemeindevertreter (Bürgerausschuß) aus den Höchstbesteuerten und die Mehrheit aus den Hausbesitzern genommen werden mußte; führte man aber „das elendeste aller Wahlsysteme,“ das Dreiklassenwahlrecht ein, so gebot der Großgrundbesitzer auf dem Lande leicht über ein Drittel der Stimmen, während er nach dem hessischen System nur als Höchstbeststeuerter in Frage kam und bestenfalls in der Gemeindevertretung nur eine von vielen Stimmen hatte. Mit diesen Erwägungen war das Schicksal des Gemeindewahlrechts entschieden, verlor die letzte hessische Eigentümlichkeit für die Konservativen ihre Berechtigung.

An einen Widerspruch wurde umfoweniger gedacht, als ein Fraktionsgenosse das Gesetz ausgearbeitet hatte, ein Umstand, der die sonst gerühmte grundsätzliche Würdigung von Gesetzentwürfen ohne Haß und Gunst, ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit ihres Urhebers in ein seltsames Licht rückte. Freilich, wenn von konservativer Seite offiziell immer betont wird, bei Beurteilung der Regierungsvorlagen lasse man persönliche Rücksicht beiseite, so

erscheint diese Behauptung für den Eingeweihten vielleicht als eine *pia fraus*, als eine Art Einbildung. Schon manchmal konnte man sich schwer der Empfindung verschließen, als lasse sich die konservative Fraktion auch durch persönliche Abneigung und bloße besondere Zuneigung in ihrer ganzen Haltung leiten oder doch stark beeinflussen. Einem Minister, der allzu sozialpolitisch eifrig, zu arbeiter- und arbeiterfürsorgefreundlich, zu gleichgiltig oder zu wenig rücksichtsvoll gegen den Arbeitgeber zu sein schien (Frhr. von Berlepsch), dem zeigte man Übelwollen bei jeder Gelegenheit, seine Gesetzesvorlagen wurden besonders nachhaltig bekämpft; das war zum mindesten der Fall bei seiner Vorlage wegen der Einführung obligatorischer Handelskammern, die man schon deshalb ablehnte, weil man keine obligatorischen Landwirtschaftskammern bekommen hatte, ohne den in die Augen fallenden Unterschied beider Einrichtungen zu berücksichtigen. Umgekehrt kommt man den Plänen des Finanzministers, der agrarfreundlicher erscheint, der die Grundsteuer mit den andern Realsteuern außer Hebung gesetzt hat, freundlicher entgegen. Als z. B. seiner Zeit durch den Etat für zehn Regierungen neue (vierte) Oberregierungsräte für die Leitung der Steuerangelegenheiten gefordert wurden, erhoben sich wie allgemein bekannt lebhafteste Besorgnisse und Bedenken: man fürchtete einen unliebsamen bürokratischen Einfluß auf die Einkommensteuerekommissionen und andre Nachteile; aber der Widerspruch blieb im Hause unausgesprochen, die Stellen wurden ohne weiteres bewilligt.

Doch wir kehren nach dieser Abschweifung zum eigentlichen Thema zurück. Nachdem man 1890 das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie hatte fallen lassen, wofür in erster Linie die Konservativen die Verantwortung trugen, wäre es um so dringender gewesen, fortzuschreiten auf dem Wege, den die berühmte Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 gewiesen hatte. Als sich aber trotz der Arbeiterfürsorgegesetze (Kranken- und Unfall-, sowie Invaliditäts- und Altersversicherung) die sozialdemokratischen Stimmzettel bei den Reichstagswahlen immer vermehrten, als man die Arbeiter immer unzufriedener und begehrlicher werden sah, wandte man sich von der Sozialreform ab, man verzichtete auf den Plan, die Arbeiter „in der Form korporativer Genossenschaften“ zusammenzufassen, man kehrte sich mehr und mehr der Politik der Gewalt zu. Statt die sozialdemokratischen Ideen zu bekämpfen, wollten die Konservativen die Arbeitermassen mundtot machen durch die Vereinsgesetznovelle von 1897, die einen so schrillen Mißklang in die Verhandlungen des preußischen Landtags brachte und zu einer Niederlage des Ministeriums und seiner konservativen Gefolgschaft führte. Statt nur sozialdemokratische, sozialistische und anarchistische, auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Unternehmungen zu bekämpfen, wollte man durch „kautschukartige,“ der festen Begriffsbestimmung sich entziehende Bestimmungen den Polizeiorganen Befugnisse einräumen, durch die schließlich in er-

regter Zeit jeder gegen die jeweilige Regierungspolitik gerichtete Kampf unterdrückt werden konnte.

Es schien, als ginge der reaktionäre Geist der Karlsbader Beschlüsse um. War da noch im Ernst die Rede von jenem praktischen Christentum, das Fürst Bismarck auf seine Fahne geschrieben hatte? Nicht mehr die Liebe zu den (irregeleiteten) „Brüdern,“ der Kampf aufs Messer gegen die Sozialdemokratie stand im Vordergrund. Als Sozialdemokrat von bösestem Willen, als bewußter Vertreter des Umsturzes galt auch der Harmlose, der einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Wahlurne gelegt hatte, bloß im Vertrauen auf die so erwünschte, vom Agitator versprochene Besserung seiner Lage, und der im Grunde nichts weniger als Umsturz will und sich die „ungemauferte“ Sozialdemokratie gar nicht vorstellen kann. Wer „praktisches Christentum“ zu bethätigen behauptet, der soll vor allen Dingen selbst christliche Selbstverleugnung üben, der muß selbst Opfer bringen können, zum Vorteil der Schwachen auf eigne Vorteile verzichten, der muß das Wohlwollen üben, das die „Sozialdemokraten,“ d. h. die Mehrzahl der Arbeiter und kleinen Leute in erster Reihe entbehren und auch fordern. Deshalb ist denn doch aber auch der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß eine Organisation der Arbeiter, kraft deren diese erst dem Arbeitgeber gegenüber zu gleichwertigen und einigermaßen gleichmächtigen Kontrahenten werden würden, zum Frieden oder wenigstens zum Ausgleich schroffer Gegensätze führen kann. Auch den Arbeitern darf man ein Verständnis für das zutrauen, was zur Erhaltung des Arbeitsbetriebs, zu seiner Konkurrenzfähigkeit usw. nötig ist, kurz, ein Verständnis für die Grenzen der für sie erreichbaren und gerechten Lohnbedingungen.

Auch hier gilt das Wort: „Nicht der Vernünftige regiert, sondern die Vernunft.“ Im Gegensatz hierzu aber gilt bei den Konservativen eher jeder, der für Arbeiterfachvereine und dergleichen eintritt, für einen halben Sozialdemokraten. Es fehlt eben weithin das Wohlwollen, das in jedem, auch dem geringsten Arbeiter einen grundsätzlich gleichberechtigten „Bruder“ sieht, wie es dem christlichen Ideal entspricht. Derselbe Sinn, der die Söhne gewisser Kreise für vorzugsweise berufen ansieht, die Staatsämter zu bekleiden, der gewisse Kreise unter das Motto stellt: *l'état c'est moi*, der vermag in der Arbeiterbevölkerung nur Menschen zweiter Klasse zu sehen, die zum Dienen berufen sind.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben,“ der Spruch hat noch heute seine Geltung. Aber das entscheidende ist nicht eine formale Gerechtigkeit, wie sie die Grundlage der Rechtsprechung der Gerichte auf Grund des bestehenden sogenannten positiven Rechts ist, sondern die Gerechtigkeit, die in höherm Sinne jedem das Seine geben, die in immer weiterm Umfange die Staatsangehörigen an den Fortschritten der Kultur überhaupt und ihrer Kulturarbeit insbesondre teilnehmen lassen will, die nicht

müde wird, ein immer freundlicheres Verhältnis der sozialen Klassen unter sich anzubahnen und auszugestalten. Die Sünde aber, die zum Verderben führt, ist nichts anderes als die Überhebung, die *ἕβρις* der Griechen, die Zuversicht auf ererbte Stellung und angeborene Vorzüge, das Trögen auf Rechte, die formell unantastbar sind, aber materiell doch immer von neuem erworben werden, ihre Kraft und Berechtigung bewähren müßten.

Alles dies beweist, daß im Brennpunkt der konservativen Politik ideale Ziele stehn sollten, nicht aber Forderungen, die fast ausschließlich materiellen Besitz und Gewinn betreffen und sich im starren Festhalten gegenwärtiger Verhältnisse, gegenwärtiger Machtverteilung erschöpfen. Je mehr Freiheit für Versammlungen und Vereine man gewährt, desto mehr Gelegenheit schafft man einerseits zur Aufklärung und Versöhnung der Arbeitermassen, zur Bekämpfung falscher Vorstellungen und Vorurteile, und andererseits zur Abwirtschastung der Sozialdemokratie, die von der Agitation, von unhaltbaren Versprechungen, vom Hinterlistsführen der Massen lebt und sich im vollen Glanze der Öffentlichkeit notwendig zu einer bürgerlichen Partei mausern, sich von ihren unaufrichtigen oder unmöglichen Ziele verfolgenden Führern losagen muß. Man darf die Sozialdemokratie und die von ihr drohenden Gefahren nicht unterschätzen, aber ebenso verkehrt würde es sein, ihr mit blasser Furcht gegenüber zu stehn, mit einer Furcht, die einerseits dem Feinde nur den Mut stählt und seine Führer noch lauter ein unberechtigtes, aber nicht eindruckloses Selbstbewußtsein zur Schau tragen heißt, und die andererseits zu reinen Unterdrückungsmaßregeln verleitet, die jedes Sicherheitsventil verstopfen und eine Explosion nur fördern können, und die endlich das Vertrauen auf die eigne Sache und die gewiß doch unumstößliche Überzeugung von der Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie in eigentümlichem Lichte erscheinen läßt. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie genügen nicht große Worte, nein, dazu bedarf es unverdrossener Kleinarbeit überall, die ohne Schlagworte, aber wirksam und unmerklich fortschreitet, „die zu dem Bau der Ewigkeiten zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht, doch von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre streicht.“

Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie stützt das Dreiklassenwahlsystem, wenigstens ist sie es gewesen, die ihm in den Verhandlungen des Provinziallandtags in Kassel für das Gemeindevahlrecht in Hessen-Nassau zum Siege verholfen hat. Sie allein, scheint es, hindert eine zeitgemäße Wahlrechtsreform in Preußen. Und doch muß eine solche im Namen der Gerechtigkeit gefordert werden. Nicht die Besorgnis, der konservative Einfluß könnte sich vorübergehend mindern, wenn die plutokratische Verschiebung des Dreiklassenwahlsystems gemildert oder aufgehoben würde, darf hier entscheiden. Das wäre eine kurzfristige Politik. „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“

Konservative Politik sollte sich Schlagworte fernhalten. Aber die Konser-

vativen, ihre Schwächen fühlend, streben, bewußt oder unbewußt, nach Volksgunst. Man verspricht in Volksversammlungen und Wahlversammlungen Reformen und bessere Zeiten, weiß aber auch bestimmte Mittel nicht anzugeben. Verfolgt man im Parlament allgemeine Ziele wirtschaftlicher Art, so versagt zuweilen die Kenntnis der Verhältnisse — auf die Forschungen des Vereins für Sozialpolitik sieht man vornehm herab, mit Kathedersozialisten will man nichts zu thun haben —, oder man folgt, wie Fürst Bismarck es etwa nannte, blind dem Einzelnen, der sich als Wissenden ausgiebt. So kam der „Antrag von Brockhausen“ auf Beschränkung der großen Warenhäuser im Namen der Förderung und Erhaltung des Mittelstands, und doch mußte man sich von der Regierung belehren lassen und hätte nach den Erfahrungen Frankreichs wissen müssen, daß eine Einschränkung der Warenhäuser heute unmöglich ist, daß die Großbazare wohl hohe Steuern zu tragen vermögen, aber dadurch nicht konkurrenzunfähig werden, daß sie im Gegenteil jede Erhöhung der Besteuerung durch Vergrößerung ihres Umfangs und Umsatzes mehr als auszugleichen wissen. Natürliche Entwicklungen lassen sich nicht beseitigen, Umwälzungen des wirtschaftlichen Lebens sind für manche verderblich, ohne deshalb der Gesamtheit auf die Dauer zu schaden. Wie der Antrag Kanitz, so führte der Antrag von Brockhausen, sofern er sein Ziel verfehlte, zu einer Niederlage der konservativen Partei. Ob sie daraus eine Lehre ziehen wird? Hoffen wir es!

Ungerechtfertigt und bald aufgegeben war die abfällige Beurteilung der Beamtenbesoldungsaufbesserung von 1887 durch die Konservativen: bei der ersten Lesung warfen sie der Regierungsvorlage „Systemlosigkeit“ vor, und bei der zweiten Lesung mußten sie bekennen, daß sie sich davon überzeugt hätten, sie sei weder systemlos noch unrichtig.

Die gewaltige Zunahme der großen Städte zeitigt Zustände, die in vieler Beziehung bedauerlich sind. Niemand verdankt es den Konservativen, wenn sie auf Mittel finnen, ihr weiteres Anwachsen hintanzuhalten; niemand wird im Ernst behaupten können, es habe die Abneigung der Konservativen ihren Grund vorzugsweise darin, daß fast alle diese Städte liberal oder freisinnig, ja sozialdemokratisch zu wählen pflegen. Aber es war ungerecht, als man bei der Neuregelung der Volksschullehrerbesoldung den größeren Städten nicht nur weniger gab als den kleinen Städten und den Landgemeinden, sondern daß man ihnen auch Staatszuschüsse nahm, die sie auf Grund früherer Gesetze, also von Rechts wegen bezogen hatten und als dauernd, unentziehbar angesehen hatten. Aber nicht nur leisteten die Konservativen den fiskalischen Vorschlägen der Gesetzesvorlage keinen Widerstand — sie hätten sicherlich durchschlagenden Erfolg gehabt, wenn sie widerstanden hätten —, sie frohlockten, daß sich eine Gelegenheit fand, die Städte von Staatswohlthaten auszuschließen; agrarische Anschauungen feierten einen Triumph! Freilich, dieser Triumph währte nicht

lange, denn das Lehrerbefoldungsgesetz von 1897 brachte auch dem platten Lande fast durchweg höhere Volkschullasten — und es ist ein schlechter Trost, im Unglück Genossen zu haben.

Aus diesen Darlegungen, die nicht erschöpfend sein wollen, folgt, daß die gegenwärtige konservative Partei nicht auf der Höhe steht, die sie einnehmen muß, wenn sie ihrer Aufgabe im Staatsleben entsprechen soll. Auch in den letzten Jahren hat sie sich wohl hier und da Verdienste erworben, aber im allgemeinen hat sie sich weder als Stütze der Regierung, noch als getreuste Opposition bewiesen. Was im Reich und in Preußen an Ersprießlichem geschehn ist, hat in der Hauptsache die Regierung nicht mit den Konservativen, sondern ohne, wenn nicht gegen sie durchgeführt. Nirgends war ein wahrhaft großer Gedanke zu spüren; mehr einseitige Interessen, die im Osten der Elbe ihren Nährboden hatten, als die gerecht und vorurteilslos wägende Staatsgesinnung haben den Weg der konservativen Partei bestimmt, ihrer Kampfweise die Richtung gegeben. Möchte sie sich auf sich selbst besinnen, und indem sie sich den konservativen Anschauungen des Westens nähert und ihnen nachgeht und nachgiebt, neue Kraft gewinnen und die Stelle einnehmen, die im großen und ganzen das Beamtentum in den deutschen Staaten, zumal in Preußen, eingenommen hat, das allen Berufskreisen gleich nahestehend ohne Vorliebe und Vorurteile die Gesamtheit im Auge hatte, sich nicht einzelnen Bestrebungen unterordnete, sondern dem Staate diente, als dessen erste Diener sich die Fürsten ansehen. Dann wird sie wahrhaft volkstümlich werden, dann wird sie mitarbeiten an der Hebung des ganzen Volks, zumal der Armen und Notleidenden, die der Hilfe und der Hebung am meisten bedürftig sind.



Aus dem Oberelsaß

Von Kurd von Stranß

(Schluß)



in besondres Element tritt im Elsaß und namentlich in größern Städten hinzu, das auch im übrigen Reiche eine wahre Plage ist. Bekanntlich ist das reiche Frankreich von der jüdischen Einwanderung wenig heimgesucht worden; die großen Pariser Bankherren dieses Stammes bedeuten ja als Judentum nicht viel. Aber das Elsaß, als deutsche Landschaft, ist mit der jüdischen Zugabe reichlich bedacht worden. Die deutschen Standesherrn hatten ihre Leibjuden,